Antrag

der Abg. Andreas Kenner u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt im Sport schützen

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in welchen Formen sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen in Sportvereinen in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis vorkommt und welche Fallzahlen bzw. Vorkommnisse ihr aus den letzten fünf Jahren dazu bekannt sind;
2. wie Sportverbände und -vereine in Baden-Württemberg haupt- und ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer sowie andere Verantwortliche in Vereinen zum Thema Kinder- und Jugendschutz sensibilisieren und welche Formen von Kinderschutzkonzepten sie ggf. vorhalten;
3. in welcher Form Sportverbände und -vereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche, die mindestens in Teilen ihrer Tätigkeit der Jugendhilfe zuzurechnen sind, verpflichtet sind, Kinderschutzkonzepte vorzuhalten und welcher Art diese sind;
4. in welcher Form Sportverbände und -vereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche, die nicht der Jugendhilfe zuzurechnen sind, verpflichtet sind, Kinderschutzkonzepte vorzuhalten, welcher Art diese sind und welcher Anteil der Sportvereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg damit der Pflicht, Kinderschutzkonzepte vorzuhalten, unterliegt;
5. in welcher Form und zu welchem Anteil Sportvereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche, die nicht verpflichtet sind, Kinderschutzkonzepte vorzuhalten, diese auf freiwilliger Basis vorhalten, und welcher Anteil dieser Sportvereine damit insgesamt Kinderschutzkonzepte vorhält;

6. in welcher Form sie sich dafür engagiert, dass in allen Sportverbänden und -vereinen mit Angeboten für Kinder und Jugendliche Kinderschutzkonzepte vorgehalten werden, ob sie sich dabei für eine Verpflichtung zum Vorhalten von Kinderschutzkonzepten ausspricht und wie sie den Vorschlag beurteilt, wie etwa in Thüringen die Landesförderung der Vereine vom Vorhandensein eines Kinderschutzkonzepts abhängig zu machen;
7. wie sie das Vorgehen von Gemeinden beurteilt, die finanzielle Förderung für Sportvereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche vom Vorhandensein von Kinderschutzkonzepten abhängig zu machen und welche Gemeinden in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis diesen Weg wählen;
8. inwiefern sie den Empfehlungen des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs nachkommt, verbindlich zu regeln und sicherzustellen, dass Konzepte für Schutz und Hilfe bei sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in allen Einrichtungen und Organisationen in öffentlicher oder freier Trägerschaft – also auch in Sportvereinen – entwickelt und eingeführt werden und im Alltag dauerhaft zur Anwendung kommen sowie ihre Einführung ab sofort landesweit finanziell und personell zu unterstützen.

28.06.2019

Kenner, Born, Hinderer, Dr. Weirauch, Wölfle SPD

Begründung

Sport im Verein stärkt sowohl die körperliche als auch die soziale Entwicklung eines Kindes und wird deshalb von vielen Familien betrieben. Eltern, die ihre Kinder zum Sport in Vereinen anmelden, sollten dabei die Gewissheit haben, dass ihre Kinder so gut wie möglich vor sexualisierter Gewalt geschützt werden. Für viele Vereine ist es heute schon selbstverständlich, standardisierte Kinderschutzkonzepte vorzuhalten. Sie werden dabei auch von ihren Verbänden unterstützt. Ein anderer Teil der Vereine benötigt jedoch noch Unterstützung oder einen Anstoß, um solche Konzepte einzuführen. Maßnahmen der Landesregierung, der Sportverbände und der Gemeinden können helfen, dass sich diese Sportvereine noch mehr als bisher mit dem Thema Kinderschutz fachgerecht auseinandersetzen. Die Missbrauchsfälle in Sportvereinen gegenüber Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahren in Baden-Württemberg haben gezeigt, dass zum Schutz der Kinder noch viel getan werden sollte.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 22. Juli 2019 Nr.22-6520.1-120/570/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen, dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, dem Ministerium für Soziales und Integration sowie dem Ministerium der Justiz und für Europa zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. in welchen Formen sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen in Sportvereinen in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis vorkommt und welche Fallzahlen bzw. Vorkommnisse ihr aus den letzten fünf Jahren dazu bekannt sind;*

Die statistische Erfassung von Straftaten erfolgt bei der Polizei Baden-Württemberg anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Bei der PKS handelt es sich um eine sogenannte reine Ausgangsstatistik, in der strafrechtlich relevante Sachverhalte nach der polizeilichen Sachbearbeitung vor Abgabe an die Strafverfolgungsbehörden erfasst werden. Die PKS ist grundsätzlich als Jahresstatistik konzipiert. Die Fallerfassung erfolgt nach den bundeseinheitlichen „Richtlinien für die Führung der Polizeilichen Kriminalstatistik“.

Mit Inkrafttreten des „Fünftezigsten Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung“ am 10. November 2016 wurden im Sexualstrafrecht bisherige Straftatbestände geändert und neue Straftatbestände geschaffen, welche auch im PKS-Straftatenkatalog in den Jahren 2017 und 2018 umgesetzt wurden. Dies hat zur Folge, dass der Vergleich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ab dem Jahr 2017 mit den Vorjahren nicht bzw. nur eingeschränkt möglich ist.

Eine dieser Neuerungen war die Einführung des § 184 i StGB (sexuelle Belästigung). Zuvor waren derartige Delikte zum Nachteil von Jugendlichen mitunter als „Beleidigung auf sexueller Grundlage“ gem. § 185 StGB unter dem Oberschlüssel der „sonstigen Straftaten gegen das StGB“ zugeordnet. Durch die Neuordnung sanken die Fälle der „Beleidigung auf sexueller Grundlage“ und analog stiegen die Fallzahlen im Bereich der „Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung“. Die modifizierte statistische Erfassung erfolgte ab dem 1. April 2017.

Bei dem Begriff der „sexualisierten Gewalt“ handelt es sich nicht um einen Erfassungs- und Auswerteparameter der PKS. Im Sinne des Antrags und der Fragestellung wurden daher Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ausgewertet, bei welchen die Opfer-Täter-Beziehung „Formelle soz. Beziehung in Institutionen/Organisationen und Gruppen“ und die Tatörtlichkeiten „Sportplatz (Stadion)“, „Sport-/Turnhalle“ und „sonstige sportliche Einrichtung“ erfasst wurden. Die Opfer-Täter-Beziehung „Formelle soz. Beziehung in Institutionen/Organisationen und Gruppen“ wird in der PKS seit 2014 abgebildet. Eine Erfassung von Vereinen ist in der PKS nicht vorgesehen.

Anzahl der Fälle mit der Täter-Opfer-Beziehung „Formelle soz. Beziehung in Institutionen/Organisationen und Gruppen“ und den Tatörtlichkeiten „Sportplatz (Stadion)“, „Sport-/Turnhalle“ und „sonstige sportliche Einrichtung“	2014	2015	2016	2017	2018
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	1	1	2	7	6

Die Mehrzahl der Fälle sind deliktisch in den Bereichen der sexuellen Belästigung und des sexuellen Missbrauchs verortet.

Eine gesonderte statistische Erfassung von Ermittlungsverfahren, die von baden-württembergischen Staatsanwaltschaften im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Sportvereinen geführt werden, erfolgt in den staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregistern nicht.

Statistische Daten zur Zahl der insoweit in der Vergangenheit bei den baden-württembergischen Staatsanwaltschaften anhängig gewordenen Verfahren liegen nicht vor.

Neben der Kriminalstatistik Baden-Württembergs macht auch ein vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördertes Forschungsprojekt, das die Deutsche Sporthochschule Köln, das Universitätsklinikum Ulm und die Deutschen Sportjugend unter dem Titel „Safe Sport – Schutz von Kindern und Jugendlichen im organisierten Sport in Deutschland“ von 2014 bis 2017 durchgeführt haben, Aussagen zur Häufigkeit sexualisierter Gewalt von Kaderathletinnen und -athleten im Sport. Danach haben 37 Prozent der Befragten bereits einmal eine Form sexualisierter Gewalt im Sport erfahren. Fälle sexualisierter Gewalt mit Körperkontakt stellen mit einem Anteil von ungefähr sieben Prozent der Erfahrungen eher eine Ausnahme dar. 18 Prozent der Erfahrungen mit sexualisierter Gewalt sind sexuelle Grenzverletzungen und 16 Prozent machen sexualisierte Gewalt ohne Körperkontakt aus. Eine Auswertung der bereits erwähnten Studie „Safe Sport“ nach Bundesländern bzw. Landessportverbänden wurde von den Autoren nicht vorgenommen.

2. wie Sportverbände und -vereine in Baden-Württemberg haupt- und ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer sowie andere Verantwortliche in Vereinen zum Thema Kinder- und Jugendschutz sensibilisieren und welche Formen von Kinderschutzkonzepten sie ggf. vorhalten;

In Baden-Württemberg hat der Landessportverband Baden-Württemberg e.V. (LSV) mit seiner Sportjugend als landesweite Dachorganisation des organisierten Sports im Jahr 2010 eine Erklärung zu Kindeswohlgefährdung, sexualisierter Gewalt und Missbrauch im Sport beschlossen. Zeitgleich wurden ein Ehrenkodex sowie ein Präventionskonzept mit einem Handlungsleitfaden erarbeitet und den 11.500 rechtlich selbstständigen Sportvereinen im Land zur Verfügung gestellt. Vereine haben sich bereits auf den Weg gemacht und das Themenfeld teilweise bereits in ihren Satzungen aufgenommen. Ferner haben der LSV und die drei Sportbünde Ansprechpartner für die Prävention von und Intervention bei sexualisierter Gewalt benannt.

Für die hauptamtlichen Mitarbeiter des LSV wurde im Jahr 2018 ein eigenes Schutzkonzept beschlossen und in die Umsetzung gebracht. Ein zentraler Bestandteil des Konzepts ist ein Ombudsmann, der als interner Ansprechpartner fungiert. Er ist neutraler, vertraulicher Ansprechpartner für Betroffene und reflektiert mit ihnen mögliche Verfahrensweisen bzw. zeigt Handlungsmöglichkeiten auf. Der Ombudsmann steht auch Tätern als Ansprechpartner zur Verfügung.

Als Partner der Vereine haben die Sportbünde – Badischer Sportbund Freiburg, Badischer Sportbund Nord und Württembergischer Landessportbund – ebenfalls Ansprechpartner benannt und bieten darüber hinaus Beratung, Information und Fortbildungen an. Insbesondere unterstützen die Sportbünde die Vereine bei der Erarbeitung von Präventionskonzepten und vermitteln auf Wunsch externe fachliche Expertise bei Fachberatungsstellen.

Prävention sexualisierter Gewalt im Sport ist verbindlicher Bestandteil der Ausbildung zur Übungsleiterin bzw. Übungsleiter und Trainerin-C bzw. Trainer-C sowie der Pflichtseminare in den Freiwilligendiensten im Sport. Auch das Berufsbild für Leistungssportpersonal des LSV wurde um entsprechende Aspekte erweitert. Auf die Möglichkeit zur Teilnahme an der Kampagne „Kein Raum für Missbrauch“ des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs der Bundesregierung wurden die Vereine hingewiesen.

3. *in welcher Form Sportverbände und -vereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche, die mindestens in Teilen ihrer Tätigkeit der Jugendhilfe zuzurechnen sind, verpflichtet sind, Kinderschutzkonzepte vorzuhalten und welcher Art diese sind;*
4. *in welcher Form Sportverbände und -vereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche, die nicht der Jugendhilfe zuzurechnen sind, verpflichtet sind, Kinderschutzkonzepte vorzuhalten, welcher Art diese sind und welcher Anteil der Sportvereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg damit der Pflicht, Kinderschutzkonzepte vorzuhalten, unterliegt;*

Es gibt keine Rechtsverpflichtung zur Erstellung eines Kinderschutzkonzepts für Sportverbände und -vereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche. Dies gilt auch, wenn diese in Teilen ihrer Tätigkeit der Jugendhilfe zuzuordnen sind.

Jedoch ist mit der Inanspruchnahme von Landesmitteln die Verpflichtung verbunden, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen deren Schutz und deren Recht auf körperliche Unversehrtheit zu wahren sowie jeglicher Form von psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt entgegenzutreten. Dazu gehört, dass die jeweilige Organisation (Landessportverband, Sportbünde, Sportfachverbände) ein Präventionskonzept gegen sexualisierte Gewalt und sexuellen Missbrauch entwickelt und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benennt.

5. *in welcher Form und zu welchem Anteil Sportvereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche, die nicht verpflichtet sind, Kinderschutzkonzepte vorzuhalten, diese auf freiwilliger Basis vorhalten, und welcher Anteil dieser Sportvereine damit insgesamt Kinderschutzkonzepte vorhält;*

Als Datengrundlage können die Ergebnisse der Sportentwicklungsberichte 2015/2016 und 2017/2018 des Deutschen Olympischen Sportbundes herangezogen werden. Im Sportentwicklungsbericht 2015/2016 wurde in umfangreichem Maße das Themenfeld „Prävention von und Intervention bei sexualisierter Gewalt im Sportverein“ betrachtet. In einer Befragung wurden die Sportvereine gebeten anzugeben, welche Präventionsmaßnahmen vorhanden sind. Im Bundesdurchschnitt sind zwei Maßnahmen vorhanden. Sind die Vereine als Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe anerkannt, steigt die Anzahl an Präventionsmaßnahmen an.

6. *in welcher Form sie sich dafür engagiert, dass in allen Sportverbänden und -vereinen mit Angeboten für Kinder und Jugendliche Kinderschutzkonzepte vorgehalten werden, ob sie sich dabei für eine Verpflichtung zum Vorhalten von Kinderschutzkonzepten ausspricht und wie sie den Vorschlag beurteilt, wie etwa in Thüringen die Landesförderung der Vereine vom Vorhandensein eines Kinderschutzkonzepts abhängig zu machen;*

Im Rahmen seiner verbandlichen Autonomie hat sich der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) im Jahr 2010 mit sexualisierter Gewalt im Sport auseinandergesetzt. In der sogenannten „Münchener Erklärung“ ging der DOSB umfangreiche Selbstverpflichtungen ein und beschloss Leitlinien und Maßnahmen. Die 41. Sportministerkonferenz der Länder zog auf Initiative Baden-Württembergs am 9./10. November 2017 in St. Wendel (Saarland) eine Zwischenbilanz des bis dahin erreichten Präventionsniveaus. Die Datengrundlage hierfür lieferte das in der Antwort zu Ziffer 1 genannte Forschungsprojekt „Safe Sport“. Über die bereits genannten Erkenntnisse hinaus kam die Studie zu dem Ergebnis, dass mittlerweile 80 Prozent der Spitzenverbände des organisierten Sports in Deutschland über eine Ansprechperson für die Prävention sexualisierter Gewalt verfügen. Etwa 40 Prozent haben Verfahrenspläne zum Umgang mit Vorfällen und Verdachtsmomenten erarbeitet. Vor diesem Hintergrund forderte die Sportministerkonferenz den organisierten Sport auf, über das bisher erreichte Präventionsniveau hinaus weitere Anstrengungen für einen umfassenden Schutz der Sportlerinnen und Sportler zu unternehmen.

Die Landesregierung vertritt eine Null-Toleranz-Politik gegenüber allen Formen sexualisierter Gewalt. Sie begrüßt die Aktivitäten und Anstrengungen des organisierten Sports zum Schutz vor sexualisierter Gewalt und unterstützt den organisierten Sport in Baden-Württemberg. Die jährliche institutionelle Förderung er-

möglichst es den Sportverbänden, thematische Schwerpunkte zu setzen, beispielsweise für die Prävention von und Intervention bei sexualisierter Gewalt. Bei der Bewilligung von Sportfördermitteln verpflichtet das Land die Antragsteller, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen deren Schutz und deren Recht auf körperliche Unversehrtheit zu wahren sowie jeglicher Form von psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt entgegenzutreten. Dazu gehört, dass die jeweilige Organisation (Landessportverband, Sportbünde, Sportfachverbände) ein Präventionskonzept gegen sexualisierte Gewalt und sexuellen Missbrauch entwickelt und Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benennt.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Ziffer 2 verwiesen.

7. wie sie das Vorgehen von Gemeinden beurteilt, die finanzielle Förderung für Sportvereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche vom Vorhandensein von Kinderschutzkonzepten abhängig zu machen und welche Gemeinden in Baden-Württemberg nach ihrer Kenntnis diesen Weg wählen;

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, welche Gemeinden in Baden-Württemberg die finanzielle Förderung für Sportvereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche vom Vorhandensein von Kinderschutzkonzepten abhängig machen.

8. inwiefern sie den Empfehlungen des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs nachkommt, verbindlich zu regeln und sicherzustellen, dass Konzepte für Schutz und Hilfe bei sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in allen Einrichtungen und Organisationen in öffentlicher oder freier Trägerschaft – also auch in Sportvereinen – entwickelt und eingeführt werden und im Alltag dauerhaft zur Anwendung kommen sowie ihre Einführung ab sofort landesweit finanziell und personell zu unterstützen.

Nirgends außerhalb der Schule sind so viele Minderjährige Erwachsenen anvertraut wie im Sport. Das bringt eine enorme Verantwortung mit sich, zumal die ausgeprägten Vertrauens- und Nähe-, aber auch Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den jungen Sportlerinnen und Sportlern und beispielsweise Trainerinnen und Trainern ein erhöhtes Risiko mit sich bringen. Daher gilt es, alle Akteure im Sport für die Risiken sexualisierter Gewalt zu sensibilisieren und in den Sportvereinen und -verbänden eine Kultur des Hinschauens zu entwickeln. Zugleich müssen Vereine und Verbände ermutigt werden, Interventionskonzepte auszuarbeiten, die auch die Inanspruchnahme externer Expertise vorsehen. Aus diesem Grund wurde der organisierte Sport durch den von Baden-Württemberg initiierten Beschluss der 41. Sportministerkonferenz am 9. und 10. November 2017 aufgefordert, Maßnahmen und Initiativen gegen sexualisierte Gewalt fortzuführen und auszubauen und entsprechende Präventions- und Interventionskonzepte zeitnah zu erarbeiten, sofern diese noch nicht vorliegen. Sportvereine als kleinste Organisationseinheit sollen darin bestärkt werden, Präventions- und Interventionskonzepte als Qualitätsmerkmal zu betrachten, ihre diesbezüglichen Aktivitäten in der Öffentlichkeit herauszustellen und bei konkreten Verdachtsfällen auch auf externe Expertise zurückzugreifen.

Dr. Eisenmann
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport